

Provisorische Nationalversammlung. — 8. Sitzung am 5. Dezember 1918.

14
N.V.I.

Anfrage

des

Staatsrates Dr. Jerzabek und Genossen an den Herrn Staatssekretär des Innern, betreffend Maßnahmen gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

In letzter Zeit macht sich der Terror einer gewissen Partei dahin geltend, daß sie ihre Gesinnungsgenossen in größerer Anzahl in die gegnerischen Versammlungen schickt und dort durch Lärmszenen, ja manchmal auch durch tatsächliche Bedrohung der andersgesinnten Versammlungsteilnehmer den Zweck der Einberufung zu vereiteln und die Versammlungen zu sprengen sucht. Letzteres geschieht fast regelmäßig dann, wenn ein Redner den antisemitischen Standpunkt vertritt und das kühne Wagnis unternimmt, die Bevölkerung über die segensreiche Tätigkeit gewisser jüdischer Kreise während des Krieges aufzuklären.

Mit Rücksicht darauf, daß derartige Vorwürfe, welche ein würdiges Seitenstück zu der fortwährenden Bedrohung der nicht auf dem Boden

der sozialdemokratischen Tendenzen stehenden Blätter bilden, mit dem Wesen einer demokratischen Staatsverfassung schwerlich in Einklang gebracht werden können, sehen sich die Gefertigten genötigt, an den Herrn Staatssekretär des Innern nachstehende Fragen zu richten:

„1. Ist die in der Zeit des Absolutismus gewährte Versammlungsfreiheit im freien demokratischen Staate Deutschösterreich aufgehoben worden?

2. Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Staatssekretär zu treffen, damit auch den Angehörigen der nichtsozialdemokratischen Parteien das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet werde?“

Wien, 5. Dezember 1918.

Schöisswohl.
Alois Brandl.
Millas.
Eisenhut.
Baumgartner.
Panž.

Dr. Jerzabek.
Josef Grün.
Federl.
Frankenberger.
Weiss.
Lechner.